

DIE BERNER ARBEITGEBER.

2020



DIE BERNER ARBEITGEBER.

Präsidialadresse	3
Konjunktur	4
Wirtschaftsjahr 2020.....	4
Wirtschaftsaussichten 2021.....	6
Arbeitswelt	8
Rahmenbedingungen.....	8
Beschäftigung.....	8
Löhne.....	10
Arbeitsproduktivität.....	12
Arbeitsbedingungen.....	12
Sozialwerke.....	14
Kantonalverband bernischer Arbeitgeber-Organisationen	16
Verbandsmitglieder.....	16
Verbandsorgane.....	17
Verbandstätigkeit.....	18
Schwerpunkte.....	18
Sozialpartnerschaft.....	18
Interessenvertretung.....	19
Öffentlichkeitsarbeit.....	19
Verbandsfinanzen.....	19
Verband der Arbeitgeber Region Bern (VAB)	20
Verbandsorgane.....	20
Verbandstätigkeit.....	21
Verbandsfinanzen.....	22
AHV-Ausgleichskasse und Familienausgleichskasse Berner Arbeitgeber	23
AHV-Ausgleichskasse Berner Arbeitgeber (AK 63).....	23
Familienausgleichskasse Berner Arbeitgeber (FAK 63).....	23



Dr. h.c. Uwe E. Jocham
Präsident

2020: Wirtschaft in Zeiten von Corona

2020 wird uns noch lange als ausserordentliches Jahr in Erinnerung bleiben: Als Jahr, in dem ein Virus die Wirtschaft und das gesellschaftliche Leben zum Erliegen brachte.

Dabei war der Start ins 2020 für die meisten hervorragend: Noch im Januar stand die Berner Wirtschaft unter einem hellen Stern und war auf Kurs. Die Aussichten auf ein wirtschaftlich erfolgreiches 2020 waren intakt. Doch dann kam der Corona-Tsunami und riss alles mit sich. Der Notstand wurde ausgerufen, Grenzen geschlossen, Waren wurden von Nachbarländern an der Grenze konfisziert, es folgte der Lockdown und damit der Wirtschaftstillstand. Es ging nur noch um eines: Das Gesundheitssystem vor einem Kollaps retten – und damit Menschenleben.

«2020 wird uns noch lange als ausserordentliches Jahr in Erinnerung bleiben: Als Jahr, in dem ein Virus die Wirtschaft und das gesellschaftliche Leben zum Erliegen brachte.»

Natürlich gab es Pläne und Notfallszenarien für eine mögliche Pandemie. Doch niemand konnte ahnen, mit welcher Wucht sich das Virus über die ganze Erde verbreiten würde. Aber: Die Gegenreaktion fiel ebenso stark aus. Notverordnungen wurden schnell und pragmatisch durchgesetzt, Kurzarbeit eingeführt und die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten unterstützt. Dabei hat der Kanton Bern eine Vorreiterrolle eingenommen. Und nicht zuletzt deshalb erholte sich die Wirtschaft während den Sommermonaten erstaunlich gut. Die Arbeitslosigkeit stieg nur geringfügig an und zahlreiche Branchen kamen zunächst mit einem blauen Auge davon.

Nach dem Sommer kam aber, wie von vielen erwartet, die zweite Welle, die das gesamte Land nochmals hart traf. Anschliessend wurden die Massnahmen gegen das Virus leider nicht landesweit einheitlich geregelt. Der Bund gab die Führungsrolle und damit auch die Verantwortung ab. Die Kantone reagierten unterschiedlich, was zu Missstimmung, Unverständnis und schliesslich dazu führte, dass sich das Ausmass der Pandemie regional sehr unterschiedlich entwickelte.

«Wo stehen wir jetzt, am Ende dieses turbulenten Jahres? Eines ist klar: Es geht voran. Der Wirtschaftsmotor wird weiterlaufen.»

Aufgrund des Export-Einbruchs wurden jetzt auch zunehmend führende Branchen und Unternehmen des Kantons betroffen, praktisch alle Wirtschaftszweige; vom Maschinenbau über die Präzisionstechnik, die Uhrenindustrie bis zur stark gebeutelten Tourismusbranche.

Wo stehen wir jetzt, am Ende dieses turbulenten Jahres? Eines ist klar: Es geht voran. Der Wirtschaftsmotor wird weiterlaufen. Gefragt sind Mut, neue Ideen und Quantensprünge wie sie beispielsweise gerade in der digitalen Kommunikation passieren. Ich bin überzeugt: Wenn wir auch jetzt noch alle am gleichen Strick ziehen, dann werden wir irgendwann auf das Jahr 2020 und die Zeit während Corona zurückschauen und feststellen, dass wir es gemeinsam gemeistert haben. Darauf freue ich mich schon heute.

Ich wünsche uns allen viel Mut, Kreativität und vor allem Gesundheit.



Dr. Claude Thomann
Geschäftsführer

«Die OECD rechnet für 2020 pandemiebedingt mit einem globalen Wirtschaftseinbruch von vollen 7.6%.»

«Die Rezession ist nach Einschätzung des IMF die schwerste Wirtschaftskrise seit der Grossen Depression der 1930er-Jahre.»

Konjunktur

Wirtschaftsjahr 2020

Die Wirtschaft stand 2020 weltweit ganz im Zeichen der COVID-19-Krise:

- Die OECD rechnet für 2020 pandemiebedingt mit einem *globalen Wirtschaftseinbruch* von vollen 7.6%; der Internationale Währungsfonds (IMF) geht seinerseits von einer schweren Rezession aus, allerdings mit einem etwas tieferen Wert. Am schwersten davon betroffen sind – mit Ausnahme Chinas, das einmal mehr mit positiven Wachstumsraten auffällt – die Industrieländer, gefolgt von den Schwellen- und Entwicklungsländern. Die Rezession ist nach Einschätzung des IMF die schwerste Wirtschaftskrise seit der Grossen Depression der 1930er-Jahre.

Die Bekämpfung der nachteiligen Folgen der Pandemie für die Wirtschaft durch staatliche Unterstützungsmassnahmen im Umfang von 12% des mittleren Bruttoinlandprodukts hat u.a. zur Folge, dass die Staatsschulden im weltweiten Durchschnitt die Schwelle von 100% des mittleren Bruttoinlandprodukts überschritten haben. So hoch waren die Schuldenberge noch nie, nicht einmal nach dem Zweiten Weltkrieg.

- Nach einem Wirtschaftswachstum von 1.2% im *Euro-Raum (ER-19)* und von 1.4% in der *Europäischen Union (EU-28)* im Vorjahr brach die Wirtschaft in den Mitgliedstaaten 2020 um volle 7.7% (ER-19) bzw. um 7.4% (EU-28) ein.

Weil die Staaten in der EU für Stützungsmaßnahmen und Sozialausgaben bei stagnierenden oder rückläufigen Fiskaleinnahmen mehr Aufwendungen zu verzeichnen hatten, stiegen gleichzeitig die Staatsdefizite markant an: Lag die Zunahme der Staatsverschuldung im Durchschnitt 2019 noch bei 0.6% des Bruttoinlandprodukts, wird für 2020 in der Euro-Zone mit 8.8% eine Vervielfachung erwartet, die sich erst allmählich zurückbilden dürfte (2021: 6.4%; 2022: 4.7%). Die während der Krise ausgesetzten Maastricht-Kriterien würden eigentlich nur einen Ausgabenüberhang von 3% des Bruttoinlandprodukts erlauben.

Die einzelnen Länder der Europäischen Union sind von den wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie derweil höchst unterschiedlich betroffen: Während Irland mit -2.5% sowie Litauen mit -2.2% und die nordischen Länder (Schweden: -3.4%; Dänemark: -3.9%; Finnland: -4.3%) geringere Wohlstandsverluste zu verzeichnen hatten, traf es andere Länder ungleich stärker, namentlich Italien (-9.9%) und Spanien (-12.9%). Mit -5.6% blieb Deutschland unter dem Durchschnitt der ER-19 von -7.8%.

- Der Verlauf der *Schweizer Wirtschaft* glich 2020 einem Jojo: Während des Lockdowns im Frühling brach die Wirtschaftsleistung kurzzeitig um rund

«Der Verlauf der Schweizer Wirtschaft glied 2020 einem Jojo.»

10% ein; von April bis Juni betrug der Rückgang -7%; für das erste Halbjahr ergab sich ein Minus von 8.6%. Das war historisch eine einmalig tiefe Rezession.

Ab Juli erholte sich die Schweizer Wirtschaft überraschend stark, indem die Wirtschaftsleistung im Sommer nurmehr um 2–3% unter dem Vorjahresniveau lag. Der Aufwärtstrend war aber nur vorübergehend. Die Erholung kam im Herbst 2020 zum Erliegen. Seither entwickelt sich die Schweizer Wirtschaft seitwärts. Für das Gesamtjahr 2020 wird hierzulande mit einem Rückgang des Bruttoinlandprodukts von 3.5% gerechnet. Dies wäre weniger als die Hälfte des Abschwungs in der Europäischen Union (7.6%).

Die einzelnen Wirtschaftszweige waren von der Pandemie unterschiedlich betroffen: Besonders hart traf es die Gastronomie, den Tourismus und die Veranstaltungsbranche mit einem Anteil von 3% an der gesamten Wertschöpfung, aber auch die exportorientierte Industrie und die Finanzdienstleister. Als stabilisierend und grosse Stütze der Schweizer Exportwirtschaft erwies sich demgegenüber einmal mehr die Chemie- und Pharmaindustrie.

«Pandemiebedingt dürfte das Volkseinkommen in der Schweiz 2020 einen Verlust von CHF 27 Mia. erleiden. Ein solcher Einbruch ist seit Jahrzehnten nicht mehr vorgekommen.»

Pandemiebedingt dürfte das Volkseinkommen in der Schweiz 2020 einen Verlust von CHF 27 Mia. erleiden. Ein solcher Einbruch ist seit Jahrzehnten nicht mehr vorgekommen.

Gleichzeitig wurde während des Lockdowns mit CHF 130 Mia. ein rekordhoher Anteil des verfügbaren Volkseinkommens angespart (Sparquote von 26.6%); das sind CHF 30 Mia. mehr als ansonst üblich. Immerhin ist für den Fall, dass die Impfkampagne Wirkung zeigen sollte, davon auszugehen, dass ein wesentlicher Teil dieser Gelder – wie bereits nach dem ersten Shutdown, als im dritten Quartal 2020 mehr als 80% des aufgestauten Konsums wieder in die Wirtschaft zurückgeführt wurde («Entsparungseffekt») – auch 2021 in den «Aufholkonsum» fliessen wird.

Spuren hinterlässt die Corona-Pandemie sodann in den öffentlichen Haushalten: Wurde 2018 mit einem Überschuss von 1.3% des Bruttoinlandprodukts das beste Ergebnis seit 2008 erzielt, wird für 2020 mit einem Defizit der öffentlichen Haushalte von hohen 3.7% gerechnet. Allein die Kurzarbeit verursachte 2020 Kosten von CHF 11 Mia.; 2021 kommen weitere CHF 4 Mia. dazu. Für den Corona-Erwerbsersatz zugunsten Selbständigerwerbender sind CHF 6 Mia. eingeplant, für sektorale Hilfen im Sport sowie in der Kultur und Luftfahrt wurden rund CHF 4 Mia. bereitgestellt. Insgesamt entspricht dies einem Impuls von 5% des Bruttoinlandprodukts. Das ist fünfmal mehr als in der seinerzeitigen Finanzkrise.

Dazu kommt, dass die Schweiz im «Economic-Transformation-Readiness-Index» des World Economic Forum (WEF; vormals «Competitiveness-Index») vom 5. auf den 12. Platz abgerutscht ist. Der Index prüft, wie gut oder schlecht die einzelnen Länder für eine digitale, umweltfreundliche

und inklusive Erholung aus der Krise aufgestellt sind. Die Schweiz schneidet zwar nach wie vor in der Qualität der öffentlichen Institutionen sowie in den Kategorien Bildung, soziale Sicherheit, Zusammenarbeit zwischen Staat und Privatwirtschaft sowie bei der Forschung vorteilhaft ab; es sind indes die Steuergesetzgebung und der Finanzmarkt, die die Schweiz im Ranking nach unten drücken. Vergleichsweise schlecht schneidet die Schweiz laut WEF ausserdem bei der digitalen Transformation und dem Umstieg auf erneuerbare Energien ab. Immerhin liegt die Schweiz im «Digital Competitiveness Ranking» des IMD auf dem 6. Platz von 63 Ländern.

«Angesichts der Berner Wirtschaftsstruktur mit ihrem vergleichsweise hohen Anteil an staatlichen und staatsnahen Betrieben, die von der Rezession nicht gleichermassen betroffen sind wie die Privatwirtschaft, dürfte das Ausmass der Rezession allerdings etwas tiefer liegen als in der Gesamtschweiz.»

- Die Wirtschaftsentwicklung im *Kanton Bern* und im *Wirtschaftsraum Bern* verlief 2020 zwar ebenfalls rezessiv; angesichts der Berner Wirtschaftsstruktur mit ihrem vergleichsweise hohen Anteil an staatlichen und staatsnahen Betrieben, die von der Rezession nicht gleichermassen betroffen sind wie die Privatwirtschaft, dürfte das Ausmass der Rezession allerdings etwas tiefer liegen als in der Gesamtschweiz.

Wirtschaftsaussichten 2021

«Die wirtschaftliche Entwicklung hängt auch in der Schweiz massgeblich vom weiteren epidemiologischen Geschehen und den politischen Reaktionen ab. Vor diesem Hintergrund sind Prognosen zur zukünftigen Wirtschaftsentwicklung schwierig bis unmöglich.»

- Die zukünftige Entwicklung der *Weltwirtschaft* hängt entscheidend davon ab, ob und inwieweit es gelingt, die erdumspannende Pandemie einzudämmen, namentlich durch flächendeckende Immunisierungen mit Massenimpfungen. Vor diesem Hintergrund sind Prognosen zur zukünftigen Wirtschaftsentwicklung schwierig bis unmöglich. Fest steht aber allemal, dass es Jahre dauern dürfte, bis der weltweite Wirtschaftseinbruch, nota bene die grösste Rezession in Friedenszeiten seit mehr als 100 Jahren, halbwegs wettgemacht und das Vorkrisenniveau wieder erreicht ist.
- Hatte «Brüssel» der Euro-Zone und der EU für 2021 zunächst noch ein Wachstum von 6.1% bzw. 5.8% vorausgesagt, dürften die für die einzelnen Mitgliedsländer im Rahmen des EU-Budgets und des sog. Aufbaufonds prognostizierten Wachstumszahlen den wirtschaftlichen Realitäten in Pandemiezeiten wohl eher entsprechen. Eine zweistellige Rezession erwarten Länder wie Italien (-11.2%), Spanien (-10.9%) und Frankreich (-10.6%). Im Mittelfeld liegen Deutschland (-6.3%), Finnland (-6.3%) und Luxemburg (-6.2%). Besser schlagen dürften sich Polen (-4.6%), Dänemark (-5.2%) und Schweden (-5.3%).
- Die wirtschaftliche Entwicklung hängt auch in der *Schweiz* massgeblich vom weiteren epidemiologischen Geschehen und den politischen Reaktionen ab. Das Staatssekretariat für Wirtschaft SECO hat dazu folgende Szenarien berechnet:
 - Das Basisszenario geht davon aus, dass sich die epidemiologische Lage ab Frühjahr 2021 stabilisiert und die Wirtschaft allmählich zur Normalität zurückfindet. Diesfalls dürfte das BIP 2021 um 3.2% wachsen und Ende 2021 wieder das Vorkrisenniveau erreichen.

- Das Positivszenario geht davon aus, dass sich rasche Impferfolge einstellen und die Beschränkungen schon anfangs 2021 gelockert werden können. In diesem Szenario würde sich die Wirtschaft schnell erholen und 2021 um 4.4% zulegen. Das Vorkrisenniveau wäre bereits im Sommer erreicht. Ein Stimmungsumschwung könnte diesfalls allerdings einen Konsum- und Investitionsschub auslösen, der in Kombination mit der ultraexpansiven Geldpolitik der Zentralbanken und dem verknüpften Angebot in der Wirtschaft als Folge vorausgegangener Betriebschliessungen zu einer konjunkturellen Überhitzung mit anziehender Inflation und steigenden Leitzinsen führen könnte. Dadurch stiege das Risiko von Kurseinbrüchen an den Finanzmärkten, was über Vermögensverluste und die dadurch offenkundig gewordene Überschuldung vieler Betriebe einen wirtschaftlichen Aufschwung abzuwürgen droht (Einschätzung von Prof. Aymo Brunetti).
- Das Negativszenario geht demgegenüber davon aus, dass sich die Pandemie nicht innert nützlicher Frist unter Kontrolle bringen lässt und Beschränkungen deshalb über das Jahr 2021 hinaus nötig bleiben, was u.a. eine Konkurs- und Entlassungswelle und grosse Zurückhaltung bei den Investitionen zur Folge hätte. In diesem Szenario würde die Wirtschaftsleistung 2021 lediglich um 0.4% zulegen; das Vorkrisenniveau wäre erst Ende 2022 erreicht.
- Im *Kanton und Wirtschaftsraum Bern* dürfte die Wirtschaft 2021 in ähnlichen Bahnen verlaufen wie in der Gesamtschweiz, wiewohl auf etwas tieferem Niveau.



Arbeitswelt

Rahmenbedingungen

«Auch in der Corona-Krise hat sich die Schweizer Volkswirtschaft im internationalen Vergleich ansehnlich geschlagen. Verschiedene Rankings lassen allerdings darauf schliessen, dass die Schweiz auch in der Berichtsperiode ihren Vorsprung gegenüber dynamischeren Volkswirtschaften einzubüssen droht.»

Auch in der Corona-Krise hat sich die Schweizer Volkswirtschaft im internationalen Vergleich ansehnlich geschlagen. Das ist nicht nur auf die robuste Binnenkonjunktur und solide Kriseninterventionsmechanismen (Kurzarbeit, COVID-19-Kredite usw.), sondern auch auf die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zurückzuführen, bei denen die Schweiz nach wie vor einiges vorzuweisen hat: Ein wirtschaftsfreundliches Umfeld (das allerdings zunehmend in Frage gestellt wird), Offenheit der Schweizer Volkswirtschaft (die aber gegen Abschottungstendenzen nicht gefeit ist), ein flexibler Arbeitsmarkt (der indes einer schleichenden Kartellisierung durch unterrepräsentative Allgemeinverbindlicherklärungen von Gesamtarbeitsverträgen unterliegt), gut ausgebildete Arbeitskräfte (mit einer Tendenz zur Akademisierung zulasten der traditionellen Berufsbildung), eine qualitativ hochwertige Infrastruktur (die laufend an ihre Kapazitätsgrenzen stösst) usw.

Verschiedene Rankings lassen allerdings darauf schliessen, dass die Schweiz auch in der Berichtsperiode ihren Vorsprung gegenüber dynamischeren Volkswirtschaften einzubüssen droht.

Vor diesem Hintergrund besteht wirtschaftspolitisch ein unverändert erheblicher Handlungsbedarf, namentlich in folgenden Bereichen: Fortschritte bei den Verhandlungen über ein Rahmenabkommen mit der EU und beim Abschluss neuer Marktzugangsabkommen; überfällige Reform der Sozialwerke; Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft; Liberalisierung des Strommarktes; Abbau der bestehenden Hürden bei Parallelimporten etc.

Beschäftigung

- Verzeichnete die Arbeitslosenquote 2019 in der *Europäischen Union* mit 6.3% den tiefsten Stand seit dem Jahr 2000, so stieg sie 2020 pandemiebedingt auf über 9%, wobei in Bezug auf die einzelnen Mitgliedstaaten erhebliche Unterschiede bestehen.
- In Anbetracht der desaströsen wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Krise hat sich der Arbeitsmarkt in der *Schweiz* bisher als erstaunlich widerstandsfähig erwiesen. Gleichwohl war der Rückschlag gewaltig: Innerhalb eines Jahres hat die Zahl der Stellensuchenden mit rund 250'000 um 67'000 Personen zugenommen, was einem Plus von beinahe 40% entspricht. Gleichzeitig waren nurmehr 175'000 Stellen ausgeschrieben (Stand im Dezember 2020); das sind 13% weniger als im Vorjahr. Im Einzelnen lassen sich die Auswirkungen der Corona-Krise auf die Beschäftigung in der Schweiz 2020 wie folgt nachzeichnen:

- Anlässlich des Lockdowns im Frühjahr waren 1.3 Mio. Beschäftigte in 150'000 Betrieben auf Kurzarbeitsentschädigung angewiesen. Auf dem Höhepunkt der Krise stieg diese Zahl auf 1.9 Mio., im Oktober waren es noch 220'000. Insgesamt wurden 2020 CHF 9.2 Mia. an Kurzarbeitsentschädigung ausbezahlt.
- Insgesamt 136'000 Firmen mussten vom Bund Liquiditätshilfen in Anspruch nehmen.
- 236'000 weitere Betroffene mussten im Lauf des Jahres mit Corona-Erwerbsersatz aus der EO unterstützt werden.
- Im stark vom Lockdown gezeichneten 2. Quartal 2020 bildeten sich auch die Beschäftigung und die Zahl der offenen Stellen deutlich zurück: Von April bis Juni waren 82'000 Menschen weniger erwerbstätig als im Vorjahreszeitraum, was einem Rückgang von 1.6% entspricht. Gleichzeitig erhöhte sich die Erwerblosenquote von 4.2% auf 4.6%. Am ausgeprägtesten war der Anstieg bei den Jungen im Alter von 15 bis 24 Jahren. Hier stieg die Erwerblosenquote von 6.2 auf 8.4%.
- Insgesamt arbeiteten die Erwerbstätigen in der Schweiz im 2. Quartal 2020 durchschnittlich 28.4 Stunden pro Woche; das sind 9.5% weniger als im Vorjahreszeitraum. Noch nie seit der Einführung der Quartalsdaten im Jahre 2010 wurde ein so starker Rückgang der Beschäftigung verzeichnet.
- Nachdem die Arbeitslosenquote im Mai mit 3.5% einen vorläufigen Spitzenwert erreicht hatte, ging sie bis Oktober 2020 auf 3.3% zurück. Im Jahresdurchschnitt lag die Arbeitslosigkeit 2020 bei 3.2%.

Allerdings werden Betriebsschliessungen und Entlassungen namentlich in denjenigen Branchen mittelfristig unumgänglich sein, die von der Krise besonders schwer betroffen sind. Für 2021 ist mit einem Anstieg der Arbeitslosenquote in der Schweiz auf 3.4% zu rechnen. Ihren Höhepunkt dürfte die Arbeitslosigkeit im ersten Quartal 2021 erreichen.

Spektakulär sind die strukturellen Folgen des Lockdowns für den Arbeitsmarkt: Wo immer möglich, haben Angestellte ihren Job im Home-Office erledigt; viele Firmen führten Kurzarbeit ein, verhängten Einstellungsstopps und drängten Mitarbeitenden unbezahlten Urlaub auf oder nahmen sogar Entlassungen vor. Von April bis Juni 2020 arbeitete fast jeder zweite Angestellte (44.2%) mindestens gelegentlich im Home-Office; im Vorjahr waren es nur gerade 29.2% gewesen.

- Im *Kanton Bern* stieg die Arbeitslosenquote zur Jahresmitte 2020 auf 2.5% (Schweiz: 3.2%) gegenüber 1.6% im Juni 2019 (Schweiz: 2.1%), Tendenz steigend. Am stärksten betroffen vom starken Anstieg der Arbeitslosigkeit waren für einmal die touristisch geprägten Verwaltungskreise im Oberland; Spitzenreiter ist und bleiben aber Biel/Bienne und der Berner Jura mit 3%.

«Spektakulär sind die strukturellen Folgen des Lockdowns für den Arbeitsmarkt. Von April bis Juni 2020 arbeitete fast jeder zweite Angestellte (44.2%) mindestens gelegentlich im Home-Office; im Vorjahr waren es nur gerade 29.2% gewesen.»

- In der *Stadt Bern* lag die Arbeitslosenquote zur Jahreswende 2020/21 mit 3.4% (Vorjahr: 2.3%) erstmals etwas über dem Landesdurchschnitt von 3.2%. Mit 5.5% (Vorjahr: 3.7%) waren die ausländischen Arbeitskräfte von der Arbeitslosigkeit einmal mehr stärker betroffen als die einheimischen Beschäftigten mit 2.6% (Vorjahr: 1.8%).

2018 wurden in der Stadt Bern 14'620 Arbeitsstätten mit insgesamt 188'250 Beschäftigten bzw. 142'110 Vollzeitäquivalenten gezählt. Damit nahm im Vergleich zum Vorjahr die Anzahl Arbeitsstätten um 0.1% zu und die Anzahl Beschäftigter um 0.4% ab.

In der Stadt Bern sind 91.7% der Beschäftigten im Dienstleistungssektor tätig, 8.1% in Industrie und Gewerbe und lediglich 0.2% in der Landwirtschaft. Der Frauenanteil beläuft sich auf gesamthaft 49.5%. Den höchsten Frauenanteil weist mit 75.4% das Gesundheits- und Sozialwesen auf. In der Stadt Bern arbeiten rund 2 von 3 Beschäftigten in der öffentlichen Verwaltung beim Bund, ein Viertel beim Kanton und ein Zwölftel bei der Stadt.

«Mit der deutlichen Ablehnung der Überfremdungs- und der Kündigungsinitiative hat das Schweizer Stimmvolk in der Berichtsperiode ein klares Bekenntnis zu den Bilateralen Verträgen mit der EU und namentlich zur Personenfreizügigkeit abgelegt. Als Nichtmitglied der EU zieht die Schweiz von allen Ländern den grössten Nutzen pro Einwohner aus dem EU-Binnenmarkt.»

- Mit der deutlichen Ablehnung der Überfremdungs- und der Kündigungsinitiative hat das Schweizer Stimmvolk in der Berichtsperiode ein klares Bekenntnis zu den Bilateralen Verträgen mit der EU und namentlich zur Personenfreizügigkeit abgelegt. Dies dürfte nicht zuletzt auf die Erkenntnis zurückzuführen sein, dass die Einwanderung qualifizierter Arbeitskräfte aus der EU in die Schweiz die inländischen Arbeitskräfte eher ergänzt als verdrängt hat und die starke Einwanderung der letzten 15 Jahre – wie ein Bericht des Bundesrats zu den Auswirkungen der Personenfreizügigkeit auf den Arbeitsmarkt nachweist – im Ergebnis weder zu einer breiten Senkung der Löhne noch zu einer starken Erhöhung der Arbeitslosigkeit geführt hat, im Gegenteil: Die Beschäftigung und die Löhne sind weiter gestiegen, indem die Personenfreizügigkeit das Wirtschaftswachstum erhöht hat und das Pro Kopf-Wachstum zu steigern vermochte. Als Nichtmitglied der EU zieht die Schweiz von allen Ländern den grössten Nutzen aus dem EU-Binnenmarkt, nämlich rund CHF 3'000.00 pro Kopf und Jahr.

Löhne

- Krisenbedingt zeigt sich bei den Löhnen der Jahre 2020 und 2021 eine differenzierte Situation: Während diejenigen Branchen, die von der Krise stark betroffen wurden, bestenfalls Nullrunden ausrichten, ist in den übrigen Branchen und Betrieben mit einem Gesamtarbeitsvertrag für 2020 mit einem mittleren Nominallohnanstieg von 0.9% und für 2021 mit einem solchen von 0.6% zu rechnen. Unter Berücksichtigung der negativen Teuerung entspräche dies einem Reallohnanstieg von 1.6% im Jahre 2020 und von 1.5% im Jahre 2021.

Eine Studie der UBS geht für 2021 indes von einem weit tieferen durchschnittlichen Nominallohnanstieg von 0.3% aus, was dem niedrigsten Wert seit 1999 entspräche. Sollte die Teuerung 2021 gar um 0.2% zunehmen, hätte dies eine stagnierende Lohnentwicklung zur Folge.

«Pandemiebedingt belaufen sich die Einkommensverluste in der Schweiz in den Jahren 2020 und 2021 auf über CHF 30 Mia.»

- Pandemiebedingt belaufen sich die Einkommensverluste in der Schweiz in den Jahren 2020 und 2021 voraussichtlich auf über CHF 30 Mia.

2018 lag das Bruttoeinkommen pro Haushalt in der Schweiz bei durchschnittlich CHF 10'114.00 pro Monat. Nach Abzug der obligatorischen Ausgaben für Steuern, Sozialversicherungen und Krankenkassen verblieb ein verfügbares Einkommen von durchschnittlich CHF 7'069.00 pro Monat. Davon flossen etwas mehr als die Hälfte in den Konsum von Gütern und Dienstleistungen. Unter dem Strich blieben im Durchschnitt CHF 1'589.00 pro Monat zum Sparen übrig. Unter dem Eindruck der Pandemie hat dieser Sparanteil 2020 wesentlich zugenommen.

- In der sog. Geschlechterfrage bestätigen die jüngsten Lohnraten des Bundesamts für Statistik einen mittelfristigen Trend: Die Frauen holen in kleinen Schritten auf. 2008 hatten die Frauen in der Gesamtwirtschaft gemessen an den Medianlöhnen gut 19% weniger verdient als die Männer. 2016 waren es 12% und 2018 betrug die Differenz noch 11.5%. Gemäss früheren Studien waren typischerweise etwa zwei Fünftel der effektiven Lohnunterschiede nicht durch klar messbare Faktoren wie berufliche Stellung oder Branche zu erklären. Dieser Anteil könnte schwer messbare, aber nichtsdestoweniger legitime Differenzen widerspiegeln, namentlich Erwerbsarbeitsunterbrüche. Dementsprechend kleiner wäre die vermutete «Lohndiskriminierung».
- Am 1. Juli 2020 ist die Revision des Gleichstellungsgesetzes in Kraft getreten, die grössere Arbeitgeber aus dem privaten und öffentlichen Sektor mit 100 oder mehr Angestellten zu regelmässigen Lohnvergleichsanalysen verpflichtet, die alle vier Jahre wiederholt werden müssen und einer externen Prüfung unterliegen. Ermittelt werden nicht absolute Lohnunterschiede zwischen den Geschlechtern, sondern geschlechtsspezifische Lohnunterschiede für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit gleicher Arbeit oder solcher mit vergleichbaren Anforderungen und Verantwortlichkeiten.

Halten die Arbeitgeber die neuen Regeln nicht ein, drohen zwar keine rechtlichen, wirtschaftlichen oder sonstigen Sanktionen. Da die Unternehmen die Ergebnisse ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie dem Aktionariat offen legen müssen, besteht jedoch das Risiko erheblicher Reputationsschäden mit unternehmerisch nachteiligen Auswirkungen. Ausserdem könnten fehlbare Unternehmen von staatlichen Auftragsvergabeverfahren ausgeschlossen werden.

Arbeitsproduktivität

«Mit Ausnahme Frankreichs wird weltweit nirgends so teuer produziert wie in der Schweiz.»

- Mit Ausnahme Frankreichs wird weltweit nirgends so teuer produziert wie in der Schweiz. Laut einer Studie der Boston Consulting Group belegt die Schweiz auf dem Wettbewerbsindex für Arbeitskosten in der Industrie mit 120 Punkten den zweithöchsten Platz nach Frankreich mit 122 Punkten (der Referenzwert von 100 Punkten gilt für die USA). Direkte Konkurrenten der Schweiz wie Italien und Deutschland folgen mit 118 bzw. 116 Punkten dicht auf, während sich Grossbritannien, die Niederlande und Japan im Bereich des Kostenniveaus der USA bewegen. Nur unwesentlich tiefere Arbeitskosten weist mittlerweile auch China auf.

Dass die Schweiz trotz ihrer hohen Arbeitskosten als Exportnation gilt und diesbezüglich weltweit auf Rang 15 liegt, ist laut der Studie u.a. darauf zurückzuführen, dass die Schweizer Industrie hochspezialisierte Produkte herstellt (Pharma, Luxusuhren usw.) und über Fertigungsprozesse verfügt, die sich nicht ohne weiteres imitieren lassen.

- Um die nachteiligen Folgen der Frankenhause auf die Wettbewerbsfähigkeit abzumildern, hat die Schweizer Industrie bei der Arbeitsproduktivität Fortschritte erzielt: Über die letzten fünf Jahre hat sich der Mehrwert pro Arbeitskraft im Schnitt um 2% verbessert. Da gleichzeitig die Löhne praktisch konstant blieben, hat sich die Schweiz im internationalen Wettbewerbsindex um mehrere Punkte verbessert. Dazu beigetragen haben wesentlich der liberale Arbeitsmarkt und die im Vergleich zu anderen Ländern hohe Zuverlässigkeit der Infrastruktur (Transportwege und Kommunikationsnetze).
- Zurzeit noch unklar sind die Auswirkungen der massenhaften Verlagerung von Arbeitsprozessen aus den Betrieben in den Home-Office-Modus während der Pandemie. Erste Erfahrungen lassen darauf schliessen, dass die Arbeitsproduktivität darunter kaum gelitten hat, eher im Gegenteil.

«Schon jetzt lässt sich sagen, dass die Wirtschaft mit der vermehrten Beschäftigung im Home-Office einen Digitalisierungsschub durchmacht, der sich ohne Pandemie so rasch nicht eingestellt hätte.»

Schon jetzt lässt sich jedenfalls sagen, dass die Wirtschaft mit der vermehrten Beschäftigung im Home-Office einen Digitalisierungsschub durchmacht, der sich ohne Pandemie so rasch nicht eingestellt hätte.

Arbeitsbedingungen

- Entgegen einer weitverbreiteten Auffassung gehört die Schweiz bei den Arbeitszeiten längst nicht mehr zu den Spitzenreitern: Nachdem die tatsächliche wöchentliche Arbeitszeit von Vollzeitmitarbeitenden in der Schweiz in den Jahren 2014–2019 um 15 Minuten abgenommen und die Feriendauer gleichzeitig von 5.1 auf 5.2 Wochen angestiegen ist, zählt die Schweiz mit durchschnittlich 35 Stunden und 36 Minuten mittlerweile zu den EU/EFTA-Staaten mit der niedrigsten tatsächlichen Arbeitszeit pro Woche.

«Entgegen einer weit verbreiteten Auffassung gehört die Schweiz bei den Arbeitszeiten längst nicht mehr zu den Spitzenreitern.»

Dies ist auf den vergleichsweise überaus hohen Anteil an teilzeitarbeitenden Personen zurückzuführen. Der liberale Arbeitsmarkt und der hohe Wohlstand der Schweiz ermöglichen es offenbar vielen Arbeitnehmenden, ihr Pensum zu reduzieren und sich anderen Aktivitäten ausserhalb der Arbeit zu widmen.

Diese Zahlen bestätigen zudem, dass ein höherer Stress am Arbeitsplatz nicht automatisch auf höhere Arbeitszeiten zurückzuführen ist. Der von den Gewerkschaften immer wieder angeführte Kausalzusammenhang zwischen höheren Arbeitszeiten und Stress lässt sich so mithin nicht halten. Ein zentraler Grund für zunehmenden Stress ist offensichtlich die insgesamt dynamischer und schnelllebiger gewordene Gesellschaft.

- Im Dauerthema der Modernisierung der Arbeitszeiterfassung waren in der Berichtsperiode keine Fortschritte zu verzeichnen, im Gegenteil: Nachdem der Ständerat eine Parlamentarische Initiative, die die veralteten Regelungen zur Arbeitszeiterfassung für gewisse Arbeitnehmer über alle Branchen und Unternehmen hinweg den Realitäten anpassen wollte, bereits in der Herbstsession 2019 überraschend abgeschrieben hatte, legte die Wirtschaftskommission des Ständerats anfangs 2020 auch in Bezug auf eine andere Parlamentarische Initiative, die eine Lockerung der Regeln über die Arbeitszeiterfassung lediglich für Führungskräfte und Fachspezialisten vorsah, einen «Marschhalt» ein, um abzuklären, ob sich eine Lockerung der Arbeitszeitregeln für gewisse Branchen allenfalls auf dem Verordnungswege statt im Rahmen einer (referendumspolitisch heiklen) Teilrevision des Arbeitsgesetzes bewerkstelligen lässt.

«Derweil sind Bestrebungen der Sozialpartner im Gang, in der Arbeitszeiterfassungsfrage branchenspezifische Lösungen zu finden, namentlich in den Bereichen Informatik, Treuhand und Beratung.»

Derweil sind Bestrebungen der Sozialpartner im Gang, in der Arbeitszeiterfassungsfrage branchenspezifische Lösungen zu finden, namentlich in den Bereichen Informatik, Treuhand und Beratung.

- Die mit der Einführung der Personenfreizügigkeit zwischen der Schweiz und der EU ausgebaute «Lohnpolizei» hatte auch in der Berichtsperiode Konjunktur:
 - Die (vom Geschäftsführer des Kantonalverbands bernischer Arbeitgeber-Organisationen präsidierte) Arbeitsmarktkommission des Kantons Bern hat mittlerweile für 69 Branchen/Berufe sog. Lohnuntergrenzen festgelegt, bei deren Unterschreitung eine missbräuchliche Abweichung von den orts- und branchenüblichen Arbeitsbedingungen vermutet wird. In der Berichtsperiode war dies 56 Mal der Fall. Die Lohnunterschreitungen betrafen schergewichtig das Baunebengewerbe, den Maschinenbau, die Hauswirtschaft, das Transportwesen, den Detailhandel sowie die Dienstleistungsbranche.
 - Die Arbeitsmarktkontrolle Bern, AMKBE führte 2020 insgesamt 2'815 Kontrollen durch. Davon entfielen 1'403 Kontrollen auf Branchen und Be-

triebe ohne allgemeinverbindlicherklärten Gesamtarbeitsvertrag und weitere 1'412 Kontrollen auf solche mit einem allgemeinverbindlicherklärten Gesamtarbeitsvertrag.

- Darüber hinaus fanden im Kanton Bern 2020 zusätzlich 731 Kontrollen nach Massgabe des Bundesgesetzes über die Schwarzarbeit statt.

Sozialwerke

- Die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) rechnet pandemiebedingt bis 2022 mit 58'000 zusätzlichen Sozialhilfebezügern (+21% gegenüber 2019) – worunter 14'000 Selbständigerwerbende (2019: 2'000) – und Mehrkosten von bis zu einer Milliarde Franken zulasten der Kantone und Gemeinden.
- Seit 1997 ist keine AHV-Reform mehr gelungen, obwohl die AHV trotz der vom Volk 2019 mit dem Steuer-AHV-Deal angenommenen Finanzspritze bereits 2020 ein Defizit in einer Grössenordnung von CHF 865 Mio. eingefahren haben dürfte und sich die mittelfristigen Finanzperspektiven ausgesprochen düster ausnehmen: Für 2030 ist ein Defizit von CHF 3.6 Mia. zu erwarten.

Vor diesem Hintergrund hat der Bundesrat im Sommer 2019 einen Plan zur Stabilisierung dieses Sozialwerks vorgelegt («AHV 21»), der im Wesentlichen eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, das Rentenalter 65 für Frauen (mit einem finanziellen Ausgleich für die ersten davon betroffenen Jahrgänge) sowie neue Prozentsätze beim Vorbezug oder Aufschub der Rente vorsieht.

Die Vorlage ist in den Eidgenössischen Räten umstritten. Eine rasche Umsetzung ist deshalb nicht zu erwarten. Dies ist umso bedenklicher, als die Schweiz mit ihrem einst vorbildlichen Drei-Säulen-System angesichts des Reformstaus im internationalen Vergleich ins Hintertreffen geraten ist.

«Die Schweiz ist mit ihrem einst vorbildlichen Drei-Säulen-System angesichts des Reformstaus im internationalen Vergleich ins Hintertreffen geraten.»

- Im Stau steckt auch die Reform der beruflichen Vorsorge (BVG). Immerhin ist im Unterschied zur gescheiterten Vorlage zwar kein Gesamtpaket mit der AHV-Reform geplant; mit der parallelen Revision beider Vorsorgewerke durch die beiden Räte könnten sich aber trotzdem Perspektiven für einen Befreiungsschlag ergeben.
- Als das Volk 2009 eine befristete Steuererhöhung für die Invalidenversicherung (IV) guthiess, wurde für die Folgejahre ein Schuldenabbau bis 2030 in Aussicht gestellt. Davon ist keine Rede mehr, zumal die IV beim AHV-Fonds mittlerweile mit CHF 10.3 Mia. verschuldet ist und sich dieser Fehlbetrag bis 2030 immer noch in einer Grössenordnung von CHF 7.7 Mia. halten wird.

- Nach einigem Hin und Her konnten die Eckwerte der sog. Überbrückungsleistungen festgelegt werden. In den Genuss dieser zusätzlichen Sozialversicherung, die vor dem Hintergrund der umstrittenen und (letztlich abgelehnten) Kündigungsinitiative lanciert worden war, gelangen Arbeitnehmende, die nach langer Erwerbstätigkeit ihre Stelle verlieren und ausgesteuert werden. Sie sollen bis zur Pensionierung finanziell unterstützt werden, wobei das System der Ergänzungsleistungen für AHV-Rentner begleitend ist. Es wird zunächst mit rund 3'500 Bezugsberechtigten und Kosten von CHF 150 Mio. pro Jahr gerechnet.



Kantonalverband bernischer Arbeitgeber-Organisationen

Verbandsmitglieder

Im Berichtsjahr gehörten dem Kantonalverband bernischer Arbeitgeber-Organisationen folgende Mitgliedverbände an:

- Arbeitgeberausschuss der HIV-Sektion Emmental
22 Firmenmitglieder (4'000 Beschäftigte)
- Arbeitgeberausschuss der HIV-Sektion Lyss-Aarberg und Umgebung
137 Firmenmitglieder (4'234 Beschäftigte)
- Arbeitgebersektion des Handels- und Industrievereins Biel-Seeland / Berner Jura
307 Firmenmitglieder (17'714 Beschäftigte)
- Wirtschaftsverband Oberaargau (WVO)
322 Firmenmitglieder (12'175 Beschäftigte)
- Verband WIRTSCHAFT THUN OBERLAND
320 Firmenmitglieder (16'948 Beschäftigte)
- Verband der Arbeitgeber Region Bern (VAB)
186 Firmenmitglieder (46'286 Beschäftigte)

Die Verbandsmitgliedschaft der Arbeitgeberausschüsse der HIV-Sektionen Emmental und Lyss-Aarberg und Umgebung sowie diejenige der Arbeitgebersektion des Handels- und Industrievereins Biel-Seeland / Berner Jura sind mittlerweile auf die jeweiligen HIV-Sektionen übergegangen. Zum Jahreswechsel 2020/2021 verfügte der Kantonalverband bernischer Arbeitgeber-Organisationen somit über folgende Mitglieder:

- HIV-Sektion Emmental
477 Firmenmitglieder (16'000 Beschäftigte)
- HIV-Sektion Lyss-Aarberg und Umgebung
160 Firmenmitglieder (4'342 Beschäftigte)
- HIV-Sektion Biel-Seeland / Berner Jura
477 Firmenmitglieder (24'286 Beschäftigte)
- Wirtschaftsverband Oberaargau (WVO)
322 Firmenmitglieder (12'175 Beschäftigte)
- Verband WIRTSCHAFT THUN OBERLAND
320 Firmenmitglieder (16'948 Beschäftigte)
- Verband der Arbeitgeber Region Bern (VAB)
186 Firmenmitglieder (46'286 Beschäftigte)

Verbandsorgane

- Die **Delegiertenversammlung** des Kantonalverbands bernischer Arbeitgeber-Organisationen fand am 18. Februar 2020 in Bern statt. Gastgeberin war die Insel Gruppe AG, die mit Prof. Dr. med. Christoph Stettler auch gleich den Hauptreferenten zum Thema «Brückenschlag zwischen Wissenschaft und Wirtschaft: Das Diabetes Center Berne am sitem-insel» stellte.
- Der **Vorstand** des Kantonalverbands bernischer Arbeitgeber-Organisationen setzte sich in der Berichtsperiode wie folgt zusammen:



Präsident:
Dr. med. h.c. Uwe E. Jocham,
Direktionspräsident der Insel
Gruppe AG, Bern



Mitglieder:
Marcel Born,
Fritz Born AG, Langenthal



Michael Elsaesser,
Bernerland Bank AG, Sumiswald



Luc Frutiger,
Frutiger AG, Thun



Walter Gerber,
GLB, Langnau



Philipp Hauert,
Hauert HBG Dünger AG,
Grossaffoltern



Patrick Koenig,
Fiduciaire Horlogère Suisse, Biel



Urs Müller,
RICOTER Erdaufbereitung AG,
Aarberg



Carlos Reinhard,
Reinhard Advisory AG, Thun



Stefan Wälchli,
Clientis Bank Oberaargau,
Langenthal



Rahel Bürgi,
Administratorin der
BERNER ARBEITGEBER

- Die **Geschäftsstelle** des Kantonalverbands bernischer Arbeitgeber-Organisationen wurde auch 2020 durch Dr. Claude Thomann und Frau Rahel Bürgi betreut.

Verbandstätigkeit

«Ein Schwerpunkt der Tätigkeit des Kantonalverbands bernischer Arbeitgeber-Organisationen lag 2020 in der intensiven Zusammenarbeit mit der Kantonsregierung und den befreundeten Wirtschaftsverbänden sowie den Gewerkschaften bei der gemeinsamen Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise.»

Schwerpunkte

- Ein Schwerpunkt der Tätigkeit des Kantonalverbands bernischer Arbeitgeber-Organisationen lag 2020 in der intensiven Zusammenarbeit mit der Kantonsregierung und den befreundeten Wirtschaftsverbänden sowie den Gewerkschaften bei der gemeinsamen Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise. Zu diesem Zweck trafen sich die Spitzenvertreter der Regierung und der erwähnten Organisationen der Arbeitswelt regelmässig zur volkswirtschaftlich und gesundheitspolitisch koordinierten Abstimmung entsprechender Massnahmen.
- Daneben engagierte sich der Kantonalverband bernischer Arbeitgeber-Organisationen wie bisher für die Stärkung der wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Rahmenbedingungen des Kantons Bern im interkantonalen und internationalen Standortwettbewerb.

Im Rahmen der Parlamentarischen Gruppe Wirtschaft des Grossen Rats und der kantonalen Volkswirtschaftskommission sowie der Arbeitsmarktkommission wurde zusammen mit den anderen Wirtschaftsverbänden auf die Beratung und Beschlussbefassung einer Vielzahl von Vorlagen und Vorstössen unter arbeitgeberpolitischen Gesichtspunkten Einfluss genommen.

«Dasselbe gilt in Bezug auf verschiedene Volksabstimmungen von hoher wirtschaftlicher Bedeutung, die mit Erfolg bekämpft werden konnten (Überfremdungs- und Kündigungsinitiative usw.).»

Dasselbe gilt in Bezug auf verschiedene Volksabstimmungen von hoher wirtschaftlicher Bedeutung, die mit Erfolg bekämpft werden konnten (Überfremdungs- und Kündigungsinitiative usw.).

- Mit dem Schweizerischen Arbeitgeberverband konnte eine Beitragsregelung gefunden werden, die den beschränkten finanziellen Möglichkeiten des Kantonalverbands bernischer Arbeitgeber-Organisationen angemessen Rechnung trägt.

Sozialpartnerschaft

Die Beziehungen der Vertreter der Berner Arbeitgeberverbände zu den Gewerkschaften und zu den Angestelltenorganisationen wurden in der Berichtsperiode namentlich unter dem Eindruck der Corona-Krise intensiviert und vertieft. Neben der traditionellen Sozialpartnerrunde auf kantonaler Ebene unter der Leitung des Volkswirtschaftsdirektors boten dazu die tripartite Corona-Task-Force ebenso gute Gelegenheiten wie die aus Wirtschaftsverbandsvertretern und Gewerkschaftern zusammengesetzten Kommissionen, namentlich die Volkswirtschaftskommission (die mittlerweile vom Präsidenten der BERNER ARBEITGEBER präsiert wird) sowie die Arbeitsmarkt-, die Berufsbildungs- und die Beschaffungskommission etc.

Interessenvertretung

Die institutionalisierten Kontakte des Kantonalverbands bernischer Arbeitgeber-Organisationen zu den Kantonsbehörden wurden ihrerseits weiterentwickelt. Die Verbandsspitzen nahmen zu diesem Zweck an den Gesprächen im Rahmen der kantonalen Volkswirtschaftskommission sowie mit den leitenden Vertretern der kantonalen Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion (WEU), der Bildungs- und Kulturdirektion (BKD), der Bau- und Verkehrsdirektion (BVD) sowie der Direktion für Inneres und Justiz (DIJ) teil.

Wesentliche Impulse vermochten die Vertreter des Kantonalverbands bernischer Arbeitgeber-Organisationen durch gezieltes Lobbying in die Parlamentarische Gruppe Wirtschaft des Grossen Rats des Kantons Bern sowie gegenüber verschiedenen Dienststellen der Kantonsverwaltung – namentlich im Bereich des Amts für Wirtschaft und der Wirtschaftsförderung – einzubringen.

Öffentlichkeitsarbeit

Einmal mehr wurde in der Berichtsperiode der arbeitgeberpolitischen Informationstätigkeit gegenüber den Medien und der interessierten Öffentlichkeit besondere Beachtung geschenkt (Medienmitteilungen und -auftritte).

Verbandsfinanzen

- Die Jahresrechnung 2020 des Kantonalverbands bernischer Arbeitgeber-Organisationen schliesst bei Einnahmen von CHF 80'000.45 (budgetiert: CHF 80'000.00) und Ausgaben von CHF 67'006.30 (budgetiert: CHF 80'000.00) mit einem Einnahmenüberschuss in der Höhe von CHF 12'994.15 ab (budgetiert: ausgeglichene Jahresrechnung).
- Zum 31. Dezember 2020 betrug das Vermögen des Kantonalverbands bernischer Arbeitgeber-Organisationen CHF 47'097.92 gegenüber CHF 34'103.77 Ende 2019.



Verband der Arbeitgeber Region Bern (VAB)

Verbandsorgane

- Die **Mitgliederversammlung** des Verbands der Arbeitgeber Region Bern (VAB) fand zusammen mit der Delegiertenversammlung des Kantonalverbands bernischer Arbeitgeber-Organisationen am 18. Februar 2020 in Bern statt. Gastgeberin war die Insel Gruppe AG, die mit Prof. Dr. med. Christoph Stettler auch gleich den Hauptreferenten zum Thema «Brückenschlag zwischen Wissenschaft und Wirtschaft: Das Diabetes Center Berne am sitem-insel» stellte.
- Dem **Vorstand** des Verbands der Arbeitgeber Region Bern (VAB) gehörten 2020 folgende Mitglieder an:



Präsident:
Dr. med. h.c. Uwe E. Jocham,
Direktionspräsident der Insel
Gruppe AG, Bern



Mitglieder:
Daniela Aeberhard,
BKW AG, Bern



Birgit Meier-Hobmeier,
Genossenschaft Migros Aare,
Schönbühl



Urs Moning,
oprandi & partner ag,
Herrenschwanden



Nicolas Mühlemann,
HACO AG, Gümligen



Theo Schmid,
WANDER AG, Neueneegg



Stephan Schneider,
Schweizer Milchproduzenten,
Bern



Ruedi Sutter,
Credit Suisse (Schweiz) AG, Bern



Dr. Christoph Zimmerli
Geschäftsführer



Thomas Trachsler,
Die Mobiliar, Bern

- Die **Geschäftsstelle** des Verbands der Arbeitgeber Region Bern (VAB) wurde in der Berichtsperiode durch Dr. Christoph Zimmerli und Frau Rahel Bürgi betreut.

Verbandstätigkeit

«Ein Schwerpunkt der Tätigkeit des Verbands der Arbeitgeber Region Bern (VAB) bestand in der telefonischen und schriftlichen Beratung der Mitglieder im Zusammenhang mit Fragestellungen, die sich in der Folge der Corona-Krise stellten.»

Ein Schwerpunkt der Tätigkeit des Verbands der Arbeitgeber Region Bern (VAB) bestand in der telefonischen und schriftlichen Beratung der Mitglieder im Zusammenhang mit Fragestellungen, die sich in der Folge der Corona-Krise stellten. Der Fokus lag dabei auf der Klärung von arbeits- und sozialversicherungsrechtlichen Fragen sowie auf der Auslegung und Umsetzung der in rascher Folge sich entwickelnder Verordnungen auf Stufe Bund und Kanton (z.B. Home-Office Pflicht).

Einen weiteren Schwerpunkt legte der VAB auf die Bereitstellung von Informationen für und die Kommunikation vorab mit seinen Mitgliedern. Zu diesem Zweck baute er seine Website aus, versandte Infomailings mit aktuellen Informationen und baute einen Auftritt auf mehreren Social Media Plattformen (LinkedIn, Twitter und Facebook) auf.

Der VAB, vertreten durch den Präsidenten und den Geschäftsführer, vertrat die Interessen seiner Mitglieder im Rahmen der vierteljährlich stattfindenden städtischen Sozialpartnerggespräche. Der Stadtpräsident beabsichtigte, die Sozialpartnerggespräche in der bisherigen Form durch eine den Gemeinderat beratende Wirtschaftskommission abzulösen. Der VAB und mit ihm die befreundeten Wirtschaftsverbände (Gewerbeverband KMU Stadt Bern, Handels- und Industrieverein Sektion Bern, Hauseigentümerverband von Bern und Umgebung, BernCity) verschlossen sich diesem Ansinnen nicht grundsätzlich, bestanden aber auf der Fortführung der Sozialpartnerggespräche, die sich in der Vergangenheit bewährt hatten. Diesem Ansinnen wurde von Seiten der Stadtregierung zwischenzeitlich entsprochen.

Der VAB unterstützte sodann das von der FDP initiierte und von der Stadtregierung ausgearbeitete Corona-Hilfspaket für das lokale Gewerbe. Damit kann die Stadt Bern das lokale Gewerbe mit fünf Millionen Franken gezielt über Mietzinsbeiträge für Geschäftsräume unterstützen. Den von der Corona-Krise hart getroffenen Firmen kann damit rasch und effizient eine gewisse Hilfe geboten werden. Das Hilfspaket versteht sich subsidiär zu denjenigen von Bund und Kanton und ist zeitlich befristet.

«Der VAB setzte sich zusammen mit den befreundeten Wirtschaftsverbänden für bessere Rahmenbedingungen für Unternehmen in der Stadt Bern und Umgebung ein.»

Der VAB setzte sich zusammen mit den befreundeten Wirtschaftsverbänden für bessere Rahmenbedingungen für Unternehmen in der Stadt Bern und Umgebung ein. Thematisch lag das Schwergewicht auf dem Wirtschaftsverkehr, der Überarbeitung der Bauordnung (Vereinfachung und Beschleunigung der Bewilligungsverfahren) und der Reduktion der übermässig hohen Steuern und Gebühren. Der VAB pflegt dabei einen konstruktiv-kritischen Ansatz.

Schliesslich engagierte sich der VAB wiederum zusammen mit den befreundeten Wirtschaftsverbänden für die Gemeindewahlen vom 29. November 2020. Trotz überdurchschnittlichem Mitteleinsatz konnte das Minimalziel

von zwei Sitzen im fünfköpfigen Gemeinderat zugunsten der Bürgerlichen und der Mitte nicht erreicht werden. Die bürgerliche Kandidatur scheiterte wenn auch knapp an der Übermacht der Rot-Grün-Mitte-Parteien, die ihre Machtposition auch nach sieben Legislaturen in Folge substantiell ausbauen konnten. Nur der Kandidat der Mitte konnte seinen Sitz verteidigen. Somit liegen in der Legislatur 2021 – 2024 die politischen Mehrheitsverhältnisse in Stadt- und Gemeinderat sehr einseitig zu Gunsten von Rot-Grün. Die traditionell wirtschaftsfreundlichen Parteien haben auf städtischer Ebene damit praktisch keinen Einfluss mehr. Der VAB wird deshalb Mittel und Wege suchen müssen, um auch in der politisch linken Stadt der Schweiz den Anliegen der Wirtschaft Gehör zu verschaffen.

Verbandsfinanzen

- Die ordentliche Jahresrechnung 2020 des Verbands der Arbeitgeber Region Bern (VAB) schliesst bei Einnahmen von CHF 202'986.75 (budgetiert: CHF 195'500.00) und Ausgaben von CHF 182'714.59 (budgetiert: CHF 188'950.00) mit einem Einnahmenüberschuss in der Höhe von CHF 20'272.16 (budgetiert: Einnahmenüberschuss von CHF 6'550.00) ab.
- Per 31.12.2020 betrug das Vermögen des Verbands der Arbeitgeber Region Bern (VAB) CHF 607'273.73 gegenüber CHF 587'001.57 Ende 2019 (exkl. Propagandafonds).



Barbara Ghirardin
Kassenleiterin

AHV-Ausgleichskasse Berner Arbeitgeber (AK 63)

Die AHV-Ausgleichskasse Berner Arbeitgeber verzeichnete 2020 einen Bestand von rund 2'406 Firmenmitgliedern, 839 Selbständigerwerbenden und 466 Nichterwerbstätigen. Bei unveränderten Einnahmen von CHF 792 Mio. (Vorjahr CHF 758 Mio.) und Leistungen von CHF 462 Mio. (Vorjahr CHF 447 Mio.) wurden im 2020 rund CHF 330 Mio. (Vorjahr CHF 311 Mio.) als Überschuss an den AHV/IV/EO/ALV-Fonds abgeliefert.

Im 2020 konnten Rückvergütungen aus der CO₂-Abgabe an die angeschlossenen Unternehmen von rd. CHF 3.1 Mio. getätigt werden (Vorjahr CHF 7.3 Mio.). Die Verwaltungskostenansätze konnten auch im 2020, wie seit mehr als 15 Jahren, unverändert tief gehalten werden. Zudem konnte die Ausgleichskasse zum fünften Mal Verwaltungskosten-Rückvergütungen ausrichten. Dies an Mitglieder, welche der Ausgleichskasse die Lohnmeldungen elektronisch liefern und ansonsten die Beiträge korrekt abrechnen. Mit der Plattform «Connect» (eine passwortgeschützte Internet-Plattform für die Abwicklung verschiedener administrativer Aufgaben mit der Ausgleichskasse) soll der elektronische Datenaustausch zwischen Mitglied und Ausgleichskasse weiter gefördert werden.

Seit 01.01.2012 betreut die AK 63 auch Nichterwerbstätige (für die Erfüllung der AHV-Beitragspflicht bis zum Erreichen des AHV-Rentenalters). Dieser Bestand steigt weiterhin kontinuierlich an; die Beitragseinnahmen haben von CHF 1.0 Mio. im 2019 auf CHF 1.3 Mio. im Berichtsjahr zugenommen.

Die Ausgleichskasse Berner Arbeitgeber betreut, neben der 1. Säule, zwei Familienausgleichskassen. Zudem in Personalunion die Ausgleichskasse der Privatkliniken Schweiz und die Ausgleichskasse Transport.

Im Auftrag des Bundes hat die Ausgleichskasse ab 17.03.2020 EO-Corona Entschädigungen in der Höhe von rund CHF 3.4 Mio ausgerichtet (Total 4'180 Anmeldungen für EO Corona, davon 75% für Personen in Quarantäne, 10% für betreuungspflichtige Eltern und der Rest verteilt auf Härtefälle, arbeitgeberähnliche Stellung, Veranstaltungsverbot, Zwangsschliessung und beeinträchtigte Jugendliche).

Familienausgleichskasse Berner Arbeitgeber (FAK 63)

Die FAK Berner Arbeitgeber ist zurzeit in 25 Kantonen anerkannt. Den Mitgliedern wird dadurch eine praktisch flächendeckende, interkantonale Abrechnung der FAK angeboten. Im Kanton Bern beliefen sich die Kinder-, bzw. Ausbildungszulagen, im 2020 unverändert auf CHF 230.– bzw. CHF 290.– pro Monat. Im Verlaufe des Jahres 2020 wurden gesamtschweizerisch Zulagen von rund CHF 94 Mio. ausgerichtet (Vorjahr CHF 91 Mio.). Der Beitragssatz im 2020 belief sich für Mitglieder im Kanton Bern auf 1,55% und ab 01.01.2020 1.5% (Die Erhöhung des Beitragssatzes war eine Folge der Einführung des Lastenausgleichs im Kanton Bern per 01.01.2019).

